

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

155. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 18. Februar 2016

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Bernhard Schulte-Drüggelte, Dr. Karl Lamers und Alois Gerig	15201 A	Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	15214 A
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung.....	15201 B	Christian Petry (SPD).....	15215 B
Absetzung der Tagesordnungspunkte 5 und 14.....	15201 D	Dr. Frank Steffel (CDU/CSU).....	15216 D
Nachträgliche Ausschussüberweisungen	15202 A		
Tagesordnungspunkt 4:		Zusatztagesordnungspunkt 2:	
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz – 1. FiMaNoG)		Antrag der Abgeordneten Monika Lazar, Luise Amtsberg, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Demokratie stärken – Dem Hass keine Chance geben	
Drucksache 18/7482	15202 C	Drucksache 18/7553	15218 B
Dr. Michael Meister, Parl. Staatssekretär BMF	15202 C	Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	15218 B
Susanna Karawanskij (DIE LINKE).....	15204 B	Marian Wendt (CDU/CSU).....	15219 D
Carsten Schneider (Erfurt) (SPD).....	15205 A	Katja Kipping (DIE LINKE)	15221 D
Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	15206 C	Uli Grötsch (SPD).....	15223 C
Matthias Hauer (CDU/CSU).....	15208 C	Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU).....	15224 D
Dr. Axel Troost (DIE LINKE)	15210 A	Ulla Jelpke (DIE LINKE).....	15226 B
Sarah Ryglewski (SPD)	15211 A	Dr. Lars Castellucci (SPD)	15227 A
Dr. Mathias Middelberg (CDU/CSU).....	15212 C	Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	15228 B
Carsten Schneider (Erfurt) (SPD).....	15213 B	Barbara Woltmann (CDU/CSU).....	15229 A
		Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	15230 A
		Sönke Rix (SPD).....	15231 B
		Jörg Hellmuth (CDU/CSU).....	15233 B
		Matthias Schmidt (Berlin) (SPD)	15234 C

Peter Meiwald

- (A) gen, was das Problem Fracking für unsere Bevölkerung in Zukunft vermeidet und damit dem Vorsorgegrundsatz, den wir aus gutem Grund in Europa haben, endlich zur Durchsetzung verhilft. Schade drum, eine vertane Chance!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne: Wir als Grüne haben entsprechend unsere Änderungsanträge und unseren Entschließungsantrag eingebracht. Dem so schwachen Gesetzentwurf

(Ulli Nissen [SPD]: Na, na, na!)

können wir in dieser Form leider nicht zustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes zur Einführung von Grundsätzen für die Kosten von Wasserdienstleistungen und Wassernutzungen sowie zur Änderung des Abwasserabgabengesetzes. – Bei diesem Titel muss ich es richtig ablesen.

(Heiterkeit)

- (B) Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/7578, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/6986 in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wer stimmt für den Änderungsantrag auf Drucksache 18/7579? – Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. Matthias Miersch [SPD]: Wenn sich die Opposition nicht einmal einig ist!)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden mit den Stimmen der Koalition bei Zustimmung durch Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Ich komme zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/7580, ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Die Opposition. Wer stimmt dagegen? – Die Koalition. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt worden.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Wir kommen zur

dritten Beratung

(C)

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/7581. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

Ich lasse über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/7582 abstimmen. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/7583 auf. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Nein. Dann ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Beziehungen zu Kuba weiter verbessern

Drucksache 18/7541

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner in dieser Debatte hat Wolfgang Gehrcke von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein schönes Zeichen ist doch die Überschrift unseres Antrages „Beziehungen zu Kuba weiter

Wolfgang Gehrecke

- (A) verbessern“. Das signalisiert ja, dass wir sehr wohl zur Kenntnis nehmen und uns darüber freuen, dass sich die Beziehungen verbessert haben, heißt aber nicht, dass man an einem Endpunkt angekommen ist. Wir wollen also die Beziehungen weiter verbessern. Das ist unsere Absicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es eigentlich angesichts der schwierigen außenpolitischen Themen, über die wir hier öfter diskutieren, sehr schön, einmal ein Thema zu haben, über das man mit etwas Freude reden kann. Für mich sind in den letzten Wochen und Monaten 50 Jahre Eiszeit, die wir in den Beziehungen zu Kuba gehabt haben, so langsam zu Ende gegangen. Die Eiszeit war gekennzeichnet durch die Antwort der USA auf die kubanische Revolution. Es gab eine ganze Serie von Mordanschlägen auf Fidel Castro, die Eiszeit war geprägt durch das Nicht-zur-Kennntnis-Nehmen der Umgestaltung der kubanischen Gesellschaft und durch eine Geringschätzung der kubanischen Kultur. Kuba sollte für die USA weiter Bordell und Vergnügungsort bleiben. Das ist gestoppt worden. Schon das allein finde ich einen ganz wichtigen Schritt, den ich aus meiner Sicht mit voller Sympathie betrachte und unterstütze.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Eiszeit geht also zu Ende; das Tauwetter beginnt. Aber man weiß nie, gerade in den Tropen, was Tauwetter mit sich bringt. Es lohnt sich, darüber nachzudenken.

- (B) Man reibt sich die Augen, was plötzlich alles möglich wird. Ich finde es schon fantastisch, dass sich der Papst und der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche in Kuba und nicht woanders treffen, um über die Beziehungen zwischen der katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche zu reden.

(Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Da hätten Sie mal dabei sein sollen!)

– Ja, ich wäre gern dabei gewesen; das gebe ich zu. Aber leider haben sie mich nicht eingeladen.

(Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Das kommt noch!)

Das war das Missliche dabei.

Ich finde ziemlich toll, dass in Kuba ein Friedensabkommen zwischen der Guerilla-Organisation FARC und der Regierung Kolumbiens ausgehandelt worden ist, unter Mithilfe der kubanischen Regierung. Dadurch wird eine offene Wunde in Lateinamerika, dieser furchtbare Bürgerkrieg, endlich geschlossen. Das sind doch Fortschritte, die man begrüßen sollte.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen einmal die Gelegenheit ergriffen hat, zur Literaturmesse nach Havanna zu fahren. Viele der zurzeit großen, interessanten Schriftsteller aus Lateinamerika kommen aus Kuba: Leonardo Padura und andere. Sie sind in der Gesellschaft wirklich prägend.

(Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heberto Padilla!)

All das könnte auch unsere Gesellschaft bereichern.

Wenn es Wirklichkeit werden sollte, dass Obama nach Kuba fährt, dann nehme ich mir zwei Tage frei, um das zumindest am Fernseher mitzuerleben. Ein Treffen von US-Präsident Obama mit dem kubanischen Präsidenten Raúl Castro und seinem Bruder Fidel möchte ich gern aufgezeichnet wissen.

(Tom Koenigs [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fidel soll aber Adidas tragen!)

Ich finde, dass Fidel unwahrscheinlich viel geleistet hat. Ich bin sehr glücklich – ich will das auch bei dieser Gelegenheit sagen – über die aktive Tätigkeit vieler Hilfsorganisationen, die Kuba unterstützt haben. Kuba war nie ganz allein; denn Kuba war für die Linke in Deutschland und in Europa immer so etwas wie ein Signal, von dem wir alle profitiert haben.

Deswegen geht mein Dank an solche Organisationen wie das Netzwerk Kuba und Cuba Sí. Mit Kuba zusammen eine solche Entwicklungszusammenarbeit zu machen, das hat einen Sinn. Ich sage extra mit Blick auf die SPD: Mein Dank geht auch an Steinmeier, dass er nach Kuba gefahren ist. Ich finde, es ist ein gutes Signal eines deutschen Außenministers, keinen Bogen um Kuba zu machen, sondern dorthin zu fahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja eine Liebeserklärung an Kuba!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat Professor Dr. Egon Jüttner von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Egon Jüttner (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Beziehungen zu Kuba weiter verbessern“ lautet der Titel des Antrags. Ich glaube, wir sind uns alle in diesem Hohen Hause darin einig, dass zwischen Deutschland und Kuba normale und gute Beziehungen aufgebaut werden müssen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba hat ein wichtiges Zeichen gesetzt – auch für die Entwicklung der Beziehungen Kubas zur Europäischen Union und zu Deutschland. Wir müssen nun alles unternehmen, die im Jahr 1996 zurückgefahrenen Beziehungen wieder aufleben zu lassen und durch entsprechende Abkommen mit Leben zu erfüllen.

Ein wichtiger Auftakt hierfür war der Besuch von Außenminister Steinmeier im vergangenen Jahr mit der Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit beider Länder.

(Beifall der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Darin heißt es – ich darf zitieren –, „dass die Zusammenarbeit darauf abzielt, einen engeren allgemeinen Dialog und Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Bildung, Kultur und Sport zwischen beiden Ländern und ihren Völkern zu fördern ...“.

Dr. Egon Jüttner

- (A) Im Klartext heißt das, dass unter anderem ein Kulturabkommen abgeschlossen werden soll, um die Rahmenbedingungen für eine gute Zusammenarbeit im kulturellen Bereich zu schaffen. Dabei gibt es viele Anknüpfungspunkte an erfolgreiche Kulturprojekte der Vergangenheit wie etwa den deutschen Auftritt beim Havanna Filmfestival oder beim Havanna Festival für Alte Musik oder die Deutsche Theaterwoche Havanna. Dazu gehören auch die Verbesserung der Möglichkeit für Deutschunterricht oder der erweiterte Austausch im Hochschulbereich. Ich denke, das Interesse an einer solchen verbesserten Zusammenarbeit ist auf beiden Seiten hoch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Der Abschluss eines bilateralen Kulturabkommens ist auch deshalb wichtig, weil dadurch eigenständige Vertretungen des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes errichtet werden können.

Ein weiterer Erfolg, meine Damen und Herren, ist, dass Bundeswirtschaftsminister Gabriel auf seiner Reise nach Kuba im Januar dieses Jahres gemeinsam mit dem kubanischen Außenhandelsminister eine Absichtserklärung unterschrieb, die die Eröffnung eines deutschen Büros zur Förderung von Handel und Investition konkretisierte. Dieses soll deutsche Unternehmen in Kuba über Investitionsmöglichkeiten beraten. Ursprünglich war zwar eine bilaterale Außenhandelskammer von deutscher Seite angestrebt. Nun muss aber das vorgesehene Verbindungsbüro alles unternehmen, damit der Handelsaustausch und die Investitionstätigkeit vorankommen. Bisher ist in diesem Bereich äußerst wenig geschehen. Deutschland möchte mit der Eröffnung eines Büros in Kuba in der schwierigen Zeit der wirtschaftlichen Anpassung Kuba als Partner auf Augenhöhe zur Seite stehen und beraten.

- (B) Wichtig ist auch, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba wieder aufgenommen wird. Die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit ist seit 2003 eingestellt. Bisher beschränkte sich diese auf Kleinstprojekte der deutschen Botschaft, auf kirchliche Träger und auf wenige deutsche Entwicklungsträger wie die Welthungerhilfe. Hier ist es dringend erforderlich, dass ein deutsch-kubanisches Abkommen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit abgeschlossen wird. Die nächste Verhandlungsrunde des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Kuba soll voraussichtlich im Mai 2016 stattfinden. Die Gespräche sind in die Politik der schrittweisen Annäherung eingebunden, für die sich die Bundesregierung entschieden hat.

Meine Damen und Herren, auch wenn es in der Frage der Menschenrechte, der bürgerlichen Freiheiten, der Rechtsstaatlichkeit sowie der Presse- und Versammlungsfreiheit in Kuba weiterhin Defizite gibt, so sollten wir den eingeschlagenen Weg einer besseren Zusammenarbeit mit Kuba fortsetzen. Ein Dialog über Menschenrechte ist eher möglich, wenn man ohnehin im Gespräch

ist und in bestimmten Bereichen bereits zusammengearbeitet: (C)

(Beifall der Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD] und Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

etwa bei der Modernisierung der Infrastruktur, in der Landwirtschaft oder bei der Förderung erneuerbarer Energien. Wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, dass es in Kuba allmählich zu einem Wandel und somit auch zu einem besseren Leben für die Menschen dort kommen wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Tom Koenigs von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Wolfgang Gehrcke, dieser Antrag sagt „Achtung der Souveränität und Nichteinmischung“. Mit diesen beiden Begriffen hat die Sowjetunion 25 Jahre den Sicherheitsrat blockiert. Das ist die Sprache des Kalten Krieges. Wollt ihr das wirklich, die Nichteinmischung in menschenrechtlichen Fragen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) Wir kämpfen doch gerade dafür, dass wir uns einmischen. Die Europäische Gemeinschaft hat ein einziges Mal einen Gemeinsamen Standpunkt bezogen und auch durchgehalten und hat darin die Zusammenarbeit mit Fortschritten bei den Menschenrechten konditioniert. Ein einziges Mal ist das geschehen, und da sagt ihr: Der Gemeinsame Standpunkt soll aufgegeben werden?

(Richard Pitterle [DIE LINKE]: Saudi-Arabien!)

Der Antrag atmet noch ein Zweites aus, nämlich: Auf die politischen Rechte achten wir mal nicht so genau, aber die sozialen Rechte in Kuba werden gefeiert.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das ist auch richtig!)

Das ist zwar zweifellos wichtig, aber dies ist genau die Auseinandersetzung, bei der jeder Menschenrechtler sagt: Die Menschenrechte sind unteilbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Das war aber auch – vielleicht verstehst du das da besser – die Auseinandersetzung zwischen Rosa Luxemburg und Lenin. Sie hat immer gesagt: Die Freiheit muss auch mit den wirtschaftlichen Fortschritten einhergehen. – Für die Austragung dieses Widerspruchs sind Millionen in den Gulags gestorben.

(Michael Brand [CDU/CSU]: So war es!)

Tom Koenigs

- (A) Wenn du das nicht weißt, dann frag doch mal bei deiner Taschen-Rosa-Luxemburg nach, die weiß das, oder bei der Stiftung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Der Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union sagt ganz deutlich, dass das Ziel ein Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie ist. Selbst Raúl Castro ist dafür; denn das ist genau das, was aus den Verhandlungen mit der FARC herauskommen soll. Wenn es nämlich in Kolumbien keine pluralistische Demokratie gibt, dann kann die FARC sich auch nicht am politischen Prozess beteiligen. Die sind da also schon viel weiter. Deshalb muss man dies auch unterstützen.

Es wird im Gemeinsamen Standpunkt weiterhin gesagt, dass die Europäische Union den Standpunkt vertritt, „eine umfassende Zusammenarbeit mit Kuba von Fortschritten im Bereich der Menschenrechte und der politischen Freiheit“ abhängig zu machen. Was ist denn dagegen zu haben? Außerdem wird richtigerweise gefordert – das fehlt in diesem Antrag völlig –, dass die „Entlassung aller politischen Häftlinge und die Einstellung der Schikhanierung und Bestrafung von Dissidenten“ zu fördern ist.

Diese Zivilgesellschaft – eine aktive Zivilgesellschaft – wird Kuba dringend brauchen.

(Beifall des Abg. Christian Kühn [Tübingen]
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Denn es ist ja nicht so, dass das Land einfach geöffnet werden soll. Die Investoren aus den USA stehen doch schon da. Dieses Land und alle seine Fortschritte, aber auch seine politischen Freiheiten werden ausverkauft – selbst wenn es diese Freiheiten gewinnt –, wenn es keine politisch aktive, ungemütliche und auch dissidente Zivilgesellschaft gibt.

Deshalb: Setzen wir uns weiter für die Prinzipien des Gemeinsamen Standpunktes ein! Unterstützen wir die dortige Zivilgesellschaft und laufen nicht alten 60er-, 50er-, 40er-Jahre-Standpunkten wie Souveränität und Nichteinmischung hinterher!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen in Kuba eine aktive Zivilgesellschaft, wir brauchen Dissidenten, wir brauchen mehrere Parteien, und wir brauchen politische Freiheit.

Venceremos!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Klaus Barthel von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Barthel (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast hätte ich gesagt: Liebe Kubanerinnen und Kubaner!

(Heiterkeit)

Aber das haut dann doch nicht ganz hin.

Momentan geben sich die Staatschefs in Kuba die Klinke in die Hand. Im letzten Jahr gab es, glaube ich, einen Zuwachs von 25 Prozent an deutschen Touristen. Das heißt also: Da tut sich offensichtlich etwas. Ich glaube, zu dem, was in der Überschrift des Antrags steht, kann man auf jeden Fall feststellen: Wir machen das. – Das stellt der Antrag ja auch richtigerweise fest. Aber es ist auch richtig und wichtig, darüber zu sprechen.

Sie haben auch die Initiativen der Bundesregierung gewürdigt. Sigmar Gabriel hat bei seinem Besuch in Havanna ausdrücklich von einer neuen Phase der Beziehungen gesprochen. Wir fordern schon lange, wie es im Antrag steht, die Blockade aufzuheben. Es gibt entsprechende Beschlüsse der UN-Vollversammlung. Wir haben uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer dafür eingesetzt, dass zumindest der europäische Standpunkt aufgehoben oder korrigiert wird. Da gibt es, glaube ich, inzwischen einen breiten Konsens. Den europäischen Standpunkt hält sowieso niemand oder fast niemand in Europa ein.

Wir begrüßen, dass es jetzt diplomatische Beziehungen zwischen den USA und Kuba gibt, dass es den Gefangenenaustausch gibt – Stichwort „Cuban Five“ –, dass einzelne Boykottmaßnahmen jetzt von Obama aufgehoben worden sind, dass es Flugverbindungen geben soll, dass der Präsident selber nach Kuba reisen wird. Ich glaube, das Wichtige daran ist, dass das nicht nur ein Signal an die Kubaner ist, sondern an die ganze Region, an ganz Lateinamerika, weil sich diese Länder gemeinsam dafür eingesetzt haben, die künstliche Isolierung des Landes zu beenden. Damit wurde eben auch – das ist ja schon gesagt worden – die Rolle Kubas bei der Entwicklungszusammenarbeit und bei den diplomatischen Bemühungen in Bezug auf Kolumbien gewürdigt.

Im Antrag fehlt allerdings ein Blick auf die Entwicklung in Kuba selber. Ich glaube, sowohl Gehrcke als auch Tom Koenigs sind da einfach irgendwo stehen geblieben. Seit den Zeiten des Kalten Krieges hat sich in dem Land einiges verändert. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Es gibt nämlich inzwischen eine deutliche Selbstkritik an den Zuständen im Land. Auch Raúl Castro sagt: Die Blockade ist nicht an allem schuld, was bei uns zum Beispiel wirtschaftlich schief läuft. Es gibt zu viele einseitige Abhängigkeiten, momentan von Venezuela und früher von der Sowjetunion. Wir brauchen Korrekturen zum Beispiel in unserem Wirtschaftssystem.

Es wird aber gehandelt. Seit 2011 gibt es die Aktualisierung des Modells. Es gibt über 600 neue Rechtssetzungen. Es gibt Reisefreiheit und weniger Repression. Tom Koenigs, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Es gibt mehr und mehr Zugänge zum Internet, selbstständige Unternehmen und zumindest das Be-

(C)

(D)

Klaus Barthel

- (A) mühen, die Produktivität im Staatssektor zu erhöhen. Weiterhin gibt es ein neues Investitionsgesetz. Auch darüber müsste man einmal etwas sagen. Des Weiteren müsste man mehr darüber diskutieren, dass es sich nicht mehr um die alte Welt handelt. Zum Beispiel gibt es jetzt auch den Erfolg, dass Kuba seine Schulden im Pariser Club abwickeln kann.

Worauf kommt es also in dieser Situation an? Über diese Frage sollten wir, glaube ich, reden. Ich bin froh, dass Kollege Jüttner es auch so sieht, dass wir jetzt gegenseitiges Vertrauen aufbauen müssen. Es kommt darauf an – das hat auch Sigmar Gabriel bei seinem Besuch so formuliert –, dass wir alle Gespräche auf Augenhöhe führen und nicht irgendwelche Vorbedingungen stellen. Tom Koenigs, so kämen wir auch in Kolumbien nicht weiter, wenn wir vorher darauf bestünden, dass alle das akzeptieren, was wir so gewohnt sind. Wenn wir so vorgehen, kämen wir bei Verhandlungen keinen Zentimeter voran.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir respektieren, dass Kuba seinen eigenen Weg gehen und nicht neue Abhängigkeiten produzieren will. Das Land will, dass es keine Rekolonialisierung – zum Beispiel durch die USA – gibt. Es muss seine Wirtschaft diversifizieren. Dabei muss es seine eigenen Bedürfnisse beachten. Das müssen wir akzeptieren und dann versuchen, die Beziehungen auf voller Breite weiterzuentwickeln. Kollege Jüttner hat die wesentlichen Punkte genannt.

- (B) Natürlich muss sich aber auch die Regierung in Kuba noch ein ganzes Stück bewegen. Wenn es Investitionen geben soll, muss es weniger Bürokratie, Vorschriften und Gängelung geben. Es muss mehr Bewegungsmöglichkeiten auch für nichtstaatliche Einrichtungen – für die Außenhandelskammern, die politischen Stiftungen usw. – geben. Man muss insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen entgegenkommen, damit auch sie – auch wenn sie nicht riesige Rechtsabteilungen unterhalten können, die sich mit der kubanischen Bürokratie auseinandersetzen – dort investieren können. Und es muss noch vieles mehr geschehen.

Zum Schluss müssen wir, glaube ich, einen Schritt weiter gehen. Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, dass die Lage in Kuba und in Lateinamerika relativ ruhig ist und dass es dort Fortschritte gibt. Man ist heute ja schon froh, wenn es irgendwo auf der Welt einmal keinen Bürgerkrieg, Krieg oder Chaos gibt. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, dass in Lateinamerika die Lage nicht überall glänzend ist. Sie ist sehr labil und von Land zu Land sehr differenziert zu sehen. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Themen Rohstoffe und Krise der Schwellenländer. Es gibt Probleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung in China. Der Klimawandel trifft Kuba zum Beispiel sehr stark, aber auch andere Länder der Region.

Wir sollten also unser Interesse für eine solche Region nicht erst dann entdecken, wenn es wieder Mord und Totschlag gibt. Wir sollten das tun, bevor die nächste Krise kommt. Kuba sollten wir dabei unterstützen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Wir sollten versuchen, mit unseren Instrumenten – das sind KfW-Kredi-

te, Hermesbürgschaften usw. – die Investitionen in diesem Land zu unterstützen. Es gibt ja einen Vorschlag, der über 300 Projekte einbezieht. Dazu hat Kuba eigene Vorstellungen entwickelt. Wir sollten die internationale Rolle Kubas stärken und stützen und auch die sozialen und ökologischen Aspekte beachten. (C)

Zum Schluss. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass der Wandel, den es in Kuba selber, aber auch von den USA aus gibt, eine Unterstützung braucht, wenn er erfolgreich sein und eine eigene Dynamik entwickeln soll; denn da ist noch viel zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als letzter Redner hat Charles Huber von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Charles M. Huber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Ulli Nissen [SPD]: Und was ist mit den Kolleginnen?)

Herr Kollege Gehrcke, es ist, wie Sie es gesagt haben: Wir kämpfen heute im Plenum ein bisschen um den Heiligenschein. „Wer mich sucht, findet mich in Kuba“, lautet ein Spruch einer bekannten Persönlichkeit. Ich sage es mal so: Wer da war, kann das ein bisschen nachvollziehen. Wer durch die Altstadt von Havanna gelaufen ist, weiß, was es mit diesem Spruch auf sich hat. (D)

Einige, die nach Kuba reisen, sagen: Ich will da noch mal hin, bevor alles anders wird. – Ich denke, genau dieses Anderswerden ist das, was uns deutsche Politiker beschäftigt – das kam in den vorangegangenen Reden zum Ausdruck –, zugegebenermaßen beschäftigt dies aber auch die Kubaner, nämlich, wie dieses Anderssein dann aussehen mag, in welcher Form es sich vollzieht und inwiefern der mögliche Wegfall der Sanktionen im Kontext zur heiß diskutierten Systemfrage steht.

In puncto Menschenrechte möchte ich sagen: Aus geschichtlicher Perspektive war Kuba vor der Revolution de facto ein Apartheidstaat, ein Staat, in dem Benachteiligung und sogar Sklaverei ein wesentlicher Teil des Systems waren. Und wenn wir über Menschenrechte in Kuba reden, sollte dies auch hier einmal Erwähnung gefunden haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ute Vogt [SPD] und Richard Pitterle [DIE LINKE])

Kuba muss seine Wirtschaft diversifizieren, um eine nachhaltige Entwicklung erreichen und somit sozialen Frieden garantieren zu können, und dafür muss es auch eine Diversifizierung seiner Wirtschaftspartnerschaften herbeiführen, und dies – sage ich einfach mal so – möglichst außerhalb sozialistisch geprägter Systeme.

Charles M. Huber

- (A) Kollege Gehrcke, wir sind uns in vielen Punkten einig; aber ich denke, dieser Punkt ist bei uns beiden die Krux. Werfen wir einen Blick auf sozialistisch geprägte Systeme, sehen wir, dass es diesen auch in den Zeiten hoher Rohstoffpreise nicht gelungen ist, stabile Volkswirtschaften aufzubauen, bzw. sie den Versuch erst gar nicht unternommen haben.

Wenn wir von Wirtschaftspartnerschaften reden, dann ist festzuhalten, dass Deutschland für Kuba zweifellos ein starker und verlässlicher Partner wäre. 1 200 mittelständische deutsche Firmen sind Weltmarktführer in ihrer Technologie. Diese könnten den Kubanern helfen, Kapazitäten in vielen Sektoren aufzubauen, damit Kuba nicht ausschließlich auf den Tourismus angewiesen ist. Ich denke hierbei ganz besonders an das System der dualen Ausbildung.

Was man Kuba zugutehalten muss, ist, dass es der Bevölkerung den Zugang zum Bildungssystem und zu kompetenter medizinischer Versorgung ermöglicht hat.

(Beifall der Abg. Elfi Scho-Antwerpes [SPD] und Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Das ist gerade im lateinamerikanischen Vergleich vorbildlich.

- (B) Zum Thema Sicherheit sei gesagt: Gehen Sie durch die Straßen Havannas, egal zu welcher Tageszeit – Sie können sich sicher fühlen. Auch das ist im globalen, zumindest aber im regionalen Kontext – das weiß jeder, der die mittelamerikanische Region kennt – schon fast ein Alleinstellungsmerkmal. Dass man diese positiven Errungenschaften in eine mögliche neue Ära hinüberrettet, ist für das Land und seine Regierung mit Sicherheit eine große Herausforderung; aber es wäre sicherlich sinnvoll.

Eine ähnliche, aber wesentlich kompliziertere Aufgabe stellt meines Erachtens die Besitzfrage dar. Hier muss im Hinblick auf den sozialen Frieden auch darauf geachtet werden, dass der Großteil von Gebäuden und Besitztümern nicht nur auf ein paar wenige zurückfällt, und zwar auf jene, die vorher im Land das Sagen hatten und mittlerweile im Ausland leben. Denn bereits jetzt hat in Bezug auf Transferleistungen der Teil der Bevölkerung deutliche ökonomische Vorteile, der Verwandte außerhalb des Landes hat. Die kubanische Regierung hat aber bereits angekündigt, einer Ghettoisierung dahin gehend entgegenzuwirken; denn das ist ein großes Problem sehr erfolgreicher südamerikanischer Volkswirtschaften – Beispiel Brasilien. Menschen, die in der Innenstadt von Havanna wohnen, soll ermöglicht werden, auch nach der Renovierung der Häuser dort zu bleiben. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen hervorragenden Botschafter in Kuba – das sage ich vor dem Hintergrund der Reise, die wir, Klaus, gemeinsam getätigt haben –, der für die Reise, die zu Beginn des Jahres stattgefunden hat, ein tolles Programm zusammengestellt hat.

- (C) Professor Jüttner hat das Kulturabkommen angesprochen, das hoffentlich vor einer baldigen Unterzeichnung steht. Es liegt nicht an Deutschland, dass das noch dauert; Kuba lässt uns ein bisschen warten. Wir haben diesen Punkt bei Vizepräsident Bermudez dezidiert angesprochen. Was Kultur im Bereich des Marketing eines Landes bewirken kann, verdeutlicht der Film *Buena Vista Social Club* meines ehemaligen Kollegen Wim Wenders auf besonders beeindruckende Art und Weise.

Präsident Obama wird als erster amtierender Präsident nach 88 Jahren Kuba besuchen. Das ist ein gutes Zeichen. Ich bin mir nicht sicher, was das Datum angeht.

(Klaus Barthel [SPD]: Heute in einem Monat!)

– In einem Monat, vielen Dank.

Kuba muss sicher nicht in der Systemfrage das „alte“ Kuba bleiben. Es braucht vielmehr eine Erneuerung, aber eben eine sanfte.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege, das ist ein schöner Abschlussatz. Sie müssen nämlich sofort zum Schluss kommen.

Charles M. Huber (CDU/CSU):

- Ich bin sofort fertig. Ich muss eines noch loswerden. – Das Modell der sozialen Marktwirtschaft wäre hier sicher keine schlechte Variante. Das Land muss seine gesamte Bevölkerung in dieser Phase mitnehmen, damit aus den Gewinnern der Revolution nicht die Verlierer der Transformation werden. (D)

(Michael Brand [CDU/CSU]: Da stimmt sogar der Kollege Gehrcke zu!)

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/7541 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall, sonst würde sich jetzt jemand hier regen. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 19. Februar 2016, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 20.58 Uhr)